

»Wir müssen unsere Stimme erheben.«

Interview mit Zeid Ra'ad Al-Husseini, ehemaliger Hoher Kommissar der Vereinten Nationen für Menschenrechte, über die Bedrohungen der Menschenrechte, die Grenzen stiller Diplomatie und die Verantwortung der Regierungen.

Patrick Rosenow: Wie beurteilen Sie die weltweite Situation der Menschenrechte 70 Jahre nach der Verabschiedung der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte?

Zeid Ra'ad Al-Husseini: Es wurde viel erreicht, aber wir haben auch viel zu verlieren. Daher mache ich mir große Sorgen. In vielen Rechtsbereichen – unter anderem bei den Kinderrechten, dem Folterverbot und den Frauenrechten – konnten enorme Fortschritte erzielt werden. Aber gleichzeitig ist das UN-Menschenrechtssystem durch eine Vielzahl unterschiedlicher Faktoren bedroht. Dies sind zum Beispiel autoritäre Staats- und Regierungsoberhäupter überall auf der Welt, aber auch nicht-staatliche Akteure. Darüber hinaus stellen demokratisch gewählte Politikerinnen und Politiker, populistisch autoritär in ihren Instinkten, eine Bedrohung für die in einer demokratischen Gesellschaft notwendigen Kontrollmechanismen dar. Sie untergraben die Zivilgesellschaft und unabhängigen Medien mit perfiden Taktiken. Die Kombination all dieser Bedrohungen der Menschenrechte ist ziemlich bedrückend.

Ihre letzte Rede vor dem UN-Menschenrechtsrat (HRC) klang im Vergleich zu Ihrer ersten sehr düster. Was hat sich in Bezug auf die Menschenrechte während Ihrer Amtszeit in den Jahren 2014 bis 2018 geändert?

Mein Amtsantritt fiel mit den entsetzlichen Enttarnungen von Journalisten zusammen, deren Videoaufzeichnungen der Islamische Staat (Da'esh – IS) ins Internet gestellt hatte. Sehr bald waren wir mit einer Serie von Terroranschlägen konfrontiert, was wiederum einige Staaten für eine Intensivierung der Antiterrorstrategien auf Kosten der Menschenrechte nutzten. Das war grundlegend falsch. Ich glaubte, dass terroristische Gruppierungen und gewalttätige Extremisten zwar großen Schaden



Zeid Ra'ad Al-Husseini. UN PHOTO: RICK BAJORNAS

anrichten, aber dass nur Staaten diesen Planeten zerstören können. Dann folgten die Abwehrreaktionen einiger europäischer Staaten auf die Migrationsbewegungen aus Angst, dass diese Menschen den Charakter und die Demografie Europas verändern würden. All das stellte eine angebliche Bedrohung der Kultur Europas dar. Da wussten wir, dass wir ein Problem hatten. Damit begannen genau die westeuropäischen Staaten, die die Vorreiter im Hinblick auf die Einhaltung der Menschenrechte waren und andere Staaten zur Rechenschaft zogen, selbst die Menschenrechte zu verletzen und Flüchtlingen ihre Rechte zu verwehren. Dass ausgerechnet diese Staaten zu Menschenrechtsverletzungen bereit waren und versuchten, diese zu rechtfertigen, beunruhigte mich sehr und prägte meine Amtszeit.

Wie würden Sie diese Veränderungen in den westlichen Staaten erklären?

Es war unter anderem die Finanzkrise, die dazu führte, dass sich viele Menschen verunsichert fühlten – durch die Sparmaßnahmen infolge dieser

Krise, aber auch durch die Auswirkungen der Globalisierung insgesamt. Sie waren daher anfällig für die Fantasien populistischer Politikerinnen und Politiker, die die nationale Souveränität in den Vordergrund stellen.

Ihre erste vierjährige Amtszeit endete im August 2018. Warum haben Sie sich gegen eine zweite Amtszeit entschieden?

Mir war klar, dass die fünf ständigen Mitglieder des Sicherheitsrats (Permanent Five – P5) nur zugestimmt hätten, wenn ich ihnen gegenüber Zugeständnisse gemacht und bestimmte Dinge akzeptiert hätte. Ich war nicht bereit, das zu tun. Ich war nicht bereit, mit ihnen darüber zu verhandeln, dass ich über dieses oder jenes Menschenrechtsthema nicht diskutieren würde, nur um dieses Amt zu bekleiden. Zwar wird die Hohe Kommissarin oder der Hohe Kommissar von der Generalversammlung gewählt und nicht von den P5, aber es ist eine etablierte Praxis, dass der Generalsekretär die P5 konsultiert. Wenn sie nicht einverstanden sind, wird die Nominierung nicht an die Generalversammlung weitergeleitet. Ich wusste schon sehr früh, dass die

»Eine einmalige Amtszeit sollte ausreichen, um die Unabhängigkeit des Hohen Kommissars zu stärken.«

P5 mich nicht unterstützen würden – nicht zuletzt, weil ich sie offen für Menschenrechtsverletzungen kritisiert hatte. Der Eindruck, dass es Verhandlungen und Kompromisse bei Menschenrechtsfragen gibt, ist falsch. Meiner Ansicht nach sollte es aus diesem Grund keine zweite Amtszeit geben – weder für die Hohe Kommissarin oder den Hohen Kommissar für Menschenrechte noch für das Amt der UN-Generalsekretärin oder des UN-Generalsekretärs. Eine einmalige Amtszeit sollte ausreichen, um die Unabhängigkeit dieser Ämter zu stärken und nicht auf eine Wiederwahl angewiesen zu sein.

Sie haben einmal gesagt, dass Sie der globale Albtraum par excellence für intolerante Menschen sein müssen: gewählt von allen Regierungen, gleichzeitig allen gegenüber kritisch, ein weißer Muslim. Hatte Ihr persönlicher Hintergrund in irgendeiner Weise Auswirkungen auf Ihre Amtszeit?

Ich glaube nicht, dass es wirklich viel damit zu tun hat. Ich denke, dass solche Positionen in den meisten Fällen wirklich nur von einer einzigen Tatsache abhängen: Ob die Person bereit ist, sich zu äußern oder nicht. Alles andere ist meines Erachtens

nahezu irrelevant. Die entsprechende Person kann einen ungewöhnlichen Hintergrund haben, aber wenn sie bereit ist, sich offen und grundsätzlich zu äußern, hat sie die Persönlichkeit, die man in einem Amt wie diesem braucht. Umgekehrt kann sie den richtigen Hintergrund im herkömmlichen und traditionellen Sinne haben, aber wenn sie sich nicht äußert, bringt das nichts. Vor allem gilt dies denjenigen gegenüber, die an vorderster Front für die Menschenrechte eintreten, den Menschenrechtsaktivistinnen und -aktivisten vor Ort. In vielen Fällen mussten wir als Amt des Hohen Kommissars der Vereinten Nationen für Menschenrechte (Office of the United Nations High Commissioner for Human Rights – OHCHR) feststellen, dass sich niemand, der ein öffentliches Amt innehatte, zu Wort meldete, wenn wir uns nicht äußerten. Von den nichtstaatlichen Organisationen (NGOs) aber auch von unabhängigen Medien wurde in der Regel viel und sehr gute, gezielte Kritik geübt. Aber von politischen Amtsträgerinnen und -trägern äußerte sich kaum jemand.

Mein Eindruck ist, dass Sie insbesondere gegen Ende Ihrer Amtszeit den Weg der Konfrontation mit einigen Regierungen und Staatschefs, auch mit der Regierung Ihres Heimatlandes, gewählt haben. Wäre es nicht konstruktiver gewesen, mit diesen Ländern zusammenzuarbeiten, um die Menschenrechtssituation vor Ort zu verbessern?

Es geht nicht darum, dass ich rücksichtslos war und mehr stille Diplomatie hätte betreiben können. Das habe ich. Die meisten meiner Treffen waren private Treffen mit Regierungsvertreterinnen und -vertretern. Aber wie überzeugt man sie, das Richtige zu tun, ohne ein Druckmittel gegen sie zu haben? Die menschliche Natur funktioniert nur so, indem sie ermutigt, überzeugt wird und man auch damit droht, jedwedes Druckmittel zu nutzen, um Menschen dazu zu bringen, ihre Verhaltensweisen zu ändern. Die Vorstellung, dass man sich mit Regierungen zusammensetzt und sie bittet, gegenüber ihrer Bevölkerung keine Menschenrechtsverletzungen zu begehen und sie einfach zustimmen würden, ist unrealistisch. Ohne irgendein Anzeichen von Druck ist dies in der Regel leider nicht möglich. Es muss klar sein, dass man die Ankündigung, an die Öffentlichkeit zu gehen, auch tatsächlich umsetzt. Wenn Sie also von einer Regierung bedroht werden, die Ihnen sagt, dass sie beispielsweise diese Gefangenen nicht freilassen oder eine andere menschenrechtswidrige Praxis beenden wird, dann muss dieser Regierung klar sein, dass Sie als Hoher Kommissar tatsächlich an die Öffentlichkeit gehen werden. Wer behauptet, dass man um jeden Preis mit Staaten zusammenarbeiten muss, der hat zu bedenken, dass wir in der Tat die meiste Zeit mit

stiller Diplomatie verbringen. Aber ich war bereit, bei allen Staaten immer an die Öffentlichkeit zu gehen, wenn die Regierungen meinen Anliegen nicht nachkamen. Und das habe ich auch getan.

Die wichtigste Verbündete in der Öffentlichkeit war neben der Zivilgesellschaft die internationale Presse, die sich klar auf die Seite des OHCHR stellte. Wenn es zu einem Meinungs austausch mit einer bestimmten Regierung kam, gab die Regierung am Ende nach, weil sie die Auseinandersetzung mit der Presse verloren hätte. Die Medien haben einen enormen Einfluss. Deshalb kann ich auch nicht glauben, dass öffentliche Verurteilung nichts bewirkt, und dass es besser sei, stille Diplomatie zu betreiben.

Aber sind auch autoritäre Staatsoberhäupter von der internationalen Presse beeindruckt?

Ich denke schon. Schauen Sie sich einmal an, wie der philippinische Präsident Rodrigo Duterte reagierte, nachdem ich gesagt hatte, dass der Präsident eine psychiatrische Beurteilung bräuchte. Es war meine Reaktion auf Dutertes haltlose Kritik an der Sonderberichterstatte r in über außergerichtliche, summarische oder willkürliche Hinrichtungen Agnès Callamard. Es hatte eine Wirkung auf ihn. Ich weiß allerdings nicht, ob wir ein Ergebnis erzielt hätten, wenn ich vielleicht noch einmal vier Jahre im Amt geblieben wäre und wir den Druck aufrechterhalten oder sogar erhöht hätten. Tatsache ist, dass wir dies nicht versucht haben, weil es seitens der Regierungen oder anderer internationaler Institutionen nicht den Druck auf den philippinischen Präsidenten gegeben hat, der nötig gewesen wäre.

Vor welchen Herausforderungen stehen die UN-Menschenrechtsinstitutionen?

Die größte Herausforderung besteht darin, dass vor allem die Menschenrechtsvertragsorgane nicht über die finanziellen und personellen Mittel verfügen, um die eingehenden Staatenberichte schnell genug zu bearbeiten. Ein weiterer Grund ist, dass einige Staaten ihre Menschenrechtsberichte lange nicht vorlegen und die Ausschüsse zu lange brauchen, um die Berichte zu bearbeiten. Dennoch leisten die Vertragsorgane eine äußerst wichtige Arbeit mit ihrer Normsetzung und Kommentierung der Menschenrechte. Die Schwäche besteht im Allgemeinen darin, dass wir Menschen ohne einen juristischen Hintergrund nicht angemessen erläutern können, was in den sogenannten Allgemeinen Bemerkungen gesagt wird und was die Folgen dieser Auslegungen der Menschenrechtsübereinkommen und -pakete für die Menschen im Alltag bedeuten. Das ist eine unserer Schwachstellen. Dabei geht es vor allem um fehlende Finanzmittel und nicht so sehr um eine Übersetzung in eine

Zeid Ra'ad Al-Hussein

Der im Jahr 1964 in Amman geborene Prinz hatte von September 2014 bis August 2018 das Amt des Hohen Kommissars der Vereinten Nationen für Menschenrechte inne. Er war der erste Araber und Muslim auf diesem Posten. Der langjährige Diplomat und promovierte Historiker gehörte zur haschemitischen Königsfamilie Jordaniens. In den Jahren 2000 bis 2007 und 2010 bis 2014 war er der Ständige Vertreter Jordaniens bei den Vereinten Nationen in New York. Zwischen den Jahren 2007 und 2010 war er Botschafter Jordaniens in den USA.

Der 54-Jährige war maßgeblich an der Entwicklung der internationalen Strafgerichtsbarkeit und der Einrichtung des Internationalen Strafgerichtshofs (International Criminal Court – ICC) beteiligt. Er führte unter anderem den Vorsitz der zweijährigen Verhandlungen über die genaue Bedeutung einzelner Straftaten wie Völkermord, Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Kriegsverbrechen, für die der ICC zuständig ist.

Von Februar 1994 bis Februar 1996 war er für die politischen Angelegenheiten bei der Schutztruppe der Vereinten Nationen UNPROFOR im ehemaligen Jugoslawien tätig. Nach dem Vorwurf des weitverbreiteten sexuellen Missbrauchs durch UN-Friedenstruppen wurde er im Jahr 2004 zum Berater des damaligen UN-Generalsekretärs Kofi Annan für sexuelle Ausbeutung und Missbrauch ernannt. Sein im Jahr 2005 erstellter Bericht enthielt erstmals eine umfassende Strategie zur Beseitigung von sexueller Ausbeutung und Missbrauch bei UN-Friedenssicherungseinsätzen und nahm auch die jordanischen Friedenssoldaten kritisch in den Blick.

allgemein verständliche Sprache. Aus der Sicht der besonderen Verfahren (special procedures), die unter anderem Staatenbesuche, die Untersuchung von Einzelfällen oder thematische Studien beinhalten, geht es ebenfalls um die unzureichende Finanzierung. Wir haben zudem immer noch eine Reihe von Staaten, die die besonderen Verfahren erschweren, indem sie die Ausstellung von Visa für die Menschenrechtsdelegationen verweigern.

Es gibt auch strukturelle Herausforderungen, wie zum Beispiel eine fundamentale Diskrepanz zwischen den UN-Amtssitzen in New York und Genf. Wenn man sich die Agenda der UN in New York ansieht, dann geht es fast ausschließlich um Afrika. Dort findet der größte Teil der humanitären Arbeit statt; der größte Teil der Friedens-, Sicherheits- und der Entwicklungsarbeit. Das OHCHR blickt hingegen überall hin, auch in den Globalen Norden und auf die P5. In Genf findet eine viel konkretere, realistische und universelle Menschenrechtsdiskussion statt, weil dort die Zivilgesellschaft in all ihren Dimensionen präsent ist. In New York ist das nicht der Fall. Dort sind die Themen viel politischer und schwieriger zu behandeln. Grundsätzlich verstehen viele in New York nicht, wie die UN-Menschenrechtsarchitektur

funktioniert. Der Menschenrechtsrat (Human Rights Council – HRC) führt Untersuchungen in Bereichen und Staaten durch, in die der Sicherheitsrat sich nie hineinwagen würde. Die Generalversammlung hat Kreativität bei der Entwicklung eines Rechenschaftsmechanismus für die Konfliktparteien in Syrien bewiesen durch die Schaffung eines Internationalen, Überparteilichen und Unabhängigen Mechanismus für Syrien (International, Impartial and Independent Mechanism for Syria – IIIM) im Dezember 2016. Eine größere Dynamik entfaltet sich in Menschenrechtsfragen oft außerhalb des Sicherheitsrats, obwohl dieser im Mittelpunkt in New York steht und oft gelähmt ist. Das spricht nicht gerade für den Amtssitz der Vereinten Nationen am East River.

»Wenn ein Staat den Zutritt verweigert, um mögliche Menschenrechtsverletzungen zu untersuchen, erstellen wir dennoch einen Bericht.«

Während Ihrer Amtszeit hat das OHCHR das System der »Fernüberwachung« von Staaten eingeführt. Was ist damit genau gemeint?

Wenn ein Staat den Zutritt verweigert, um mögliche Menschenrechtsverletzungen zu untersuchen, erstellen wir dennoch einen Bericht. Wenn die Regierung sagt, dass dieser Bericht voller Ungenauigkeiten sei, dann bietet das OHCHR an, dass sie uns gerne Zutritt gewähren kann, wenn sie nichts zu verbergen habe. Die Idee ist, Druck auf die Staaten auszuüben, die uns den Zutritt verweigern. Für die Arbeit aus der Ferne nutzt das OHCHR verschiedene Quellen. Im Fall der Kaschmir-Region haben wir etwa 400 Fußnoten in den entsprechenden Bericht als Quellennachweise eingefügt. Der größte Teil der Quellen stammt aus öffentlich zugänglichen Daten, die uns von verschiedenen Ministerien und der Zivilgesellschaft in Indien bereitgestellt wurden.

Konnten Sie mit dieser Methode Erfolge erzielen?

Ja, wir hatten etliche Erfolge. In Äthiopien beispielsweise war ich zweimal als Hoher Kommissar für Menschenrechte zu Besuch. Beim ersten Besuch hatten wir uns intensiv um den Zugang zu den Regionen Amhara und Oromia bemüht und er wurde uns nicht gewährt. Aber ich durfte eine Haftanstalt sehen und traf dort einen der Anführer der politischen Unruhen, die zwischen den Jahren 2016 und 2017 in Äthiopien stattfanden. Die Frage

des Zugangs stand bei uns immer ganz oben auf der Tagesordnung. Als ich ein zweites Mal zurückkam, wurde uns der Zugang zu diesen Regionen gewährt. Jetzt haben wir ein OHCHR-Büro mit nunmehr uneingeschränktem Zugang und einem umfassenden Mandat in Äthiopien.

Sie haben einmal im Zusammenhang mit den Menschenrechten über Ihre »Angst, dass wir vergessen« gesprochen. Was haben Sie damit gemeint?

Die Generation, die die Traumata der beiden Weltkriege im zwanzigsten Jahrhundert durchlebt hatte, verstand sehr gut, was populistische Politik anrichtet, wenn sie eine bestimmte Gruppe von Menschen für die Übel einer Gesellschaft an den Pranger stellt. Sie weiß, was diese Sichtweise und dieser Hass anrichten können. Diese Generation hat gesehen, was engstirniger Nationalismus anrichtet oder die Missachtung des Gesetzes, die zu einer Art Gewohnheitsrecht werden kann. Seit diese Generation allmählich ausstirbt, ist es schon erstaunlich, wie Politikerinnen und Politiker – sei es zum Beispiel die Partei »Recht und Gerechtigkeit« in Polen oder die Fidesz-Partei in Ungarn – die Vergangenheit anscheinend vergessen haben und auf gefährliche Strategien zurückgreifen. Um diese Art des Vergessens zu bekämpfen, müssen wir unsere Stimme erheben. Es gibt zu wenig Menschen, die dies tun. Viel zu wenig Leute äußern sich, wenn beispielsweise der ungarische Ministerpräsident Victor Orbán etwas Menschenrechtsfeindliches sagt oder unternimmt. Der luxemburgische Außenminister Jean Asselborn hat sich öffentlich zu Ungarn geäußert und keiner der europäischen Außenministerinnen und Außenminister hat ihn unterstützt. Sie sind im Allgemeinen bedauerlicherweise ziemlich schweigsam. An diesem Punkt muss sich etwas ändern.

Die Zivilgesellschaft äußert sich regelmäßig, ebenso die Medien. Aber Regierungen? Leider viel zu selten. Wir haben bedauerlicherweise viele mittelmäßige Beamte, die für Regierungen arbeiten. Sie haben einfach zu viel Angst, zu viel Furcht, etwas zu sagen. Sie sagen erst dann etwas, wenn sie das Büro verlassen haben. Das Wichtigste ist aber, sich zu äußern, während man im Büro ist – nicht nachdem man das Büro verlassen hat. Das ist es, was uns im Moment fehlt.

Was bedeutet das Zeitalter der Digitalisierung für die Menschenrechte?

Die Digitalisierung hat enorme Auswirkungen auf die Menschenrechte. Vor allem gilt dies für das Recht auf Privatsphäre und natürlich für die Ausübung des Rechtes auf freie Meinungsäußerung, aber auch für das Recht des Einzelnen, die Kontrolle über seine eigenen Daten auszuüben. In dieser

Hinsicht sind die Entwicklungen in Europa und den USA sehr weit vorangeschritten. In diesem Zusammenhang ist es interessant, dass der Apple-Geschäftsführer Tim Cook einen stärkeren rechtlichen Schutz der Privatsphäre in den USA fordert. Diese Fragen spielen weiterhin eine zentrale Rolle, wenn wir uns der künstlichen Intelligenz (KI) nähern und damit einer Welt, in der die KI auf eine Art und Weise in den Vordergrund tritt, die für die Menschheit enorme Probleme mit sich bringt. Wir dürfen aber nicht vergessen, dass die Menschenrechte eine Art kodifiziertes Gewohnheitsrecht darstellen, das durch neue Technologien nicht verdrängt werden darf. Diese Gesetze müssen in den Anwendungsbereich des geltenden Rechtes aufgenommen werden. Wenn daraufhin ein neues Instrument für den Menschenrechtsschutz benötigt wird, dann muss es geschaffen werden.

Vor diesem Hintergrund war ich zweimal im Silicon Valley. Das OHCHR ist dort mit einem Büro präsent. Es gibt eine intensive Diskussion darüber, dass es für Unternehmen notwendig ist zu verstehen, wie die Menschenrechtsgesetzgebung funktioniert und was in vielen Staaten geltendes Recht im Bereich der Menschenrechte ist.

Es gab in Deutschland, aber auch in anderen Staaten eine intensive Debatte über den Globalen Pakt für eine sichere, geordnete und reguläre Migration. Sie haben während Ihrer Amtszeit als Hoher Kommissar für Menschenrechte den Pakt immer wieder verteidigt, gleichzeitig tragen einige Staaten ihn nicht mit. Wie bewerten Sie die Debatte?

Es waren zwischenstaatliche Verhandlungen, die teilweise von meiner Vorgängerin Louise Arbour geleitet wurden. Der springende Punkt ist erstens, dass die Menschen, die unterwegs sind, lediglich 4,5 Prozent der Weltbevölkerung ausmachen. Das heißt, 95 Prozent der Weltbevölkerung bleiben dort, wo sie sind, und trotzdem herrschen bei uns Panik und Hysterie. Zweitens migriert bald die Mehrheit der Menschen innerhalb des Globalen Südens, hauptsächlich innerhalb Asiens, und nicht in den Norden. Das muss ins rechte Licht gerückt werden.

Zudem müssen die aktuellen Daten sorgfältig analysiert werden. Als ich letztes Jahr in meiner Funktion nach Libyen reiste, war ich erstaunt, festzustellen, dass nur zwölf Prozent der nichtlibyschen Arbeitskräfte sowie Migrantinnen und Migranten in Libyen nach Europa wollten. Die Mehrheit der dortigen Menschen aus Niger und Nigeria wollte also dort arbeiten und später nach Hause zurückkehren. Die Hysterie, die wir in vielen Teilen Europas und in den USA beobachten, ist meiner Meinung nach fehl am Platz. Der Pakt soll die Staaten ermutigen, globale Migration zu steuern und gleichzeitig die Menschenrechte zu schützen.

Gibt es jemanden, der Sie inspiriert hat, sich für die Menschenrechte zu engagieren?

Es war eher meine Erfahrung im ehemaligen Jugoslawien gewesen, die mich geprägt hat. Dort habe ich während des Bürgerkriegs zwei Jahre verbracht. Ich hatte das Gefühl, dass ich bei Menschenrechtsverletzungen nicht schweigen darf, wenn ich jemals in einer leitenden Position tätig sein würde. Für das Schweigen hatten wir und vor allem die Zivilbevölkerung in den 1990er Jahren im ehemaligen Jugoslawien teuer bezahlt. Ich wollte nicht mehr schweigen.

Was wünschen Sie Ihrer Nachfolgerin Michelle Bachelet?

Viel Geduld! Das Amt des Hohen Kommissars für Menschenrechte ist eine sehr schwierige Aufgabe. Man muss vor allem in der Lage sein, sich gegenüber den Opfern zu rechtfertigen. Michelle Bachelet muss unbedingt die nötige Unterstützung erhalten. Es ist eine sehr spannende Aufgabe und ich wünsche ihr dafür alles Gute.

Aus dem Englischen von Angela Großmann

Das Interview wurde am 20. November 2018 telefonisch geführt. Die Fragen stellte Patrick Rosenow, Leitender Redakteur der Zeitschrift VEREINTE NATIONEN.

English Abstract

Zeid Ra'ad Al-Hussein

»We Must Raise Our Voices.« pp. 249–253

Zeid Ra'ad Al-Hussein talks about his work as former United Nations High Commissioner for Human Rights. Notwithstanding the enormous progress in the 70 years since the Universal Declaration was first promulgated, the human rights architecture is under threat from a number of different sources. Next to a lack of financial and human resources he identifies additional challenges to UN human rights institutions, such as the fundamental disconnection between New York and Geneva. He explains why he decided not to run for a second term as High Commissioner for Human Rights – a position for which the person in office must be prepared and willing to speak out, and to publicly name human rights violators.

Keywords: Hochkommissariat für Menschenrechte (OHCHR), Menschenrechte, Menschenrechtsverbrechen, human rights, Zeid Ra'ad Al-Hussein